

Foto: AP

CDU/CSU-PRÄSIDIUMSSITZUNG

## Für **Wachstum** – Sozial ist, was Arbeit schafft

Schneller, als von Rot-Grün erhofft, und mutiger, als von manchem Beobachter erwartet, haben sich die Präsidien von CDU und CSU auf einer gemeinsamen Sitzung auf vier wesentliche Reformen für den Arbeitsmarkt geeinigt.

Bei der Vorstellung der Beschlüsse zeigte sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, zufrieden: „Der gestrige Tag hat gezeigt, dass wir gemeinsam marschieren wollen.“ CDU und CSU hätten mit ihrer raschen Einigung

### INHALT

LAURENZ MEYER:

Rot-Grün hat größte Arbeitsmarktkrise seit dem Krieg zu verantworten  
SEITE 5

DOKUMENTATION

Sammlung aller auf der Sitzung der Präsidien von CDU und CSU gefassten Beschlüsse  
INNENTEIL

■ Bundesvorstandsbeschluss zur Sicherheitspolitik: Stabilität durch Partnerschaft und Vertrauen (Seite 4) ■ Katharina Reiche: Konkrete Vorschläge für Lehrstellen (Seite 6–7) ■ Eva Möllring: Allein Erziehende nicht allein lassen (Seite 7–8) ■ Angela Merkel in Brüssel: Europa weiterentwickeln (Seite 9–10) ■ Laurenz Meyer: DGB weit weg von der wirtschaftlichen Notwendigkeit (Seite 11) ■ Klausurtagung zur Agrarpolitik: Alternativmodell zu EU-Reformvorschlägen vorgestellt (Seite 12–13) ■ Städte gewinnen, Wahlen gewinnen: CDU-Arbeitskreis „Große Städte“ hat Arbeit aufgenommen (Seite 14) ■ Andreas Storm: Kassensturz bei der Rente dringend erforderlich (Seite 15) ■ Arnold Vaatz: Eckpunktepapier zum Aufbau Ost beschlossen (Seite 16–17) ■ Peter Götz: Unionskonzepte zur Sanierung der Kommunen (Seite 17) ■ Georg Milbradt auf Werbetour für Sachsen und Olympia (Seite 18)

Handlungsfähigkeit beweisen und seien mit ihren Vorschlägen „sehr viel konkreter“ als die SPD. Angela Merkel und der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber sind sich einig, dass die Union nach der Verständigung als „Motor der Reformen“ gesehen werden muss. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag signalisierte, dass die Union jederzeit zu Verhandlungen mit Rot-Grün bereit sei. Die Vorschläge der Regierung gingen der Union aber nicht weit genug. Deshalb müsse die SPD sich endlich bewegen und konkrete Gesetzesentwürfe auf den Tisch legen, forderte Angela Merkel. Diesen Forderungen nach einer raschen Umsetzung der Reformen schloss sich Edmund Stoiber an. Er warf der rot-grünen Regierung vor, sie hätte die vergangenen Jahre untätig verstreichen lassen. Während die Sozialdemokraten noch über ihren Kurs stritten, zeige die Union ein klares Reformprofil, ergänzte

der bayrische Ministerpräsident. Angela Merkel sieht mit den Beschlüssen den Anspruch der Union bekräftigt, den Bürgern eine verlässliche und berechenbare Politik anzubieten. Die Union hätte bewiesen, dass sie willens und fähig ist, in einer wirtschaftlich schwierigen Situation rasch zu handeln.

## Maßnahmenkatalog

Die Spitzengremien beider Parteien einigten sich ohne Gegenstimmen auf ein Bündel von vier Maßnahmen:

■ Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe soll wieder Hilfe zur Selbsthilfe werden. Sie wird auf Höhe der Sozialhilfe zusammengelegt. Da es vorrangig um Reintegration in den Arbeitsmarkt geht, gilt der Grundsatz: Wer Arbeit oder Qualifizierung – gleich welcher Art, auch gemeinnützig – ablehnt, erhält eine pauschal um 30 Prozent gekürzte Leistung. Wer hinzuverdient, dem wird ein wesentlich

## IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



größerer Teil belassen. Dadurch wird der Charakter der Sozialhilfe als Lohnergänzungsleistung gestärkt. Die Träger der neuen Sozialhilfe wiederum sind verpflichtet, notfalls auch gemeinnützige Arbeit anzubieten.

■ Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen auf 5 Prozent gesenkt werden. Dazu werden die ineffizienten Bereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik, z. B. ABMs, stufenweise gestrichen. Das Arbeitslosengeld wird mittelfristig auf eine Bezugszeit von 12 Monaten, bis zu 18 Monaten bei längeren Beitragszeiten, begrenzt. Aus Vertrauensschutzgründen und wegen der extrem schwierigen Arbeitsmarktlage für Ältere gilt für eine Übergangszeit eine Bezugsdauer von 24 Monaten bei 40 Versicherungsjahren.

■ Der Kündigungsschutz gilt nicht für Neueinstellungen bei Unternehmen, die weniger als 20 Beschäftigte haben. Für alle Existenzgründer entfällt während der ersten vier Jahre der Kündigungsschutz für ihre Mitarbeiter. Betriebliche Bündnisse für Arbeit sollen ermöglicht werden.

■ Bei der Tarifverfassung gilt: Betriebliche Bündnisse für Arbeit sollen Abweichungen vom Tarifver-

trag während der Laufzeit eines Tarifvertrages ohne Zustimmung der Tarifparteien, längerfristige Abweichungen mit Zustimmung der Tarifparteien vereinbaren können. So werden maßgeschneiderte Lösungen für die einzelnen Betriebe gerade in Krisenzeiten möglich und mehr Beschäftigung erhalten bzw. geschaffen.

Bei der Vorstellung der Beschlüsse machten Angela Merkel und Edmund Stoiber deutlich, dass es nicht darum gehe, den Bürgern etwas wegzunehmen. Es müssten aber Regeln geschaffen werden, damit ein wirtschaftlicher Aufschwung gelinge, der allen zugute komme. „Wer arbeitet, soll auch mehr in der Tasche haben“, ist die klare Botschaft. Man sei sich sicher, dass das Konzept der Union in der Bevölkerung mehrheitsfähig sei.

### Konstruktive Zusammenarbeit

Wie bereits im Wahlkampf bewiesen, hätten CDU und CSU konstruktiv zusammengearbeitet, berichteten die beiden Parteivorsitzenden übereinstimmend. Beide Parteien seien aufeinander zugegangen und man hätte sich auf

gleichberechtigter Grundlage geeinigt. „Wenn das üblich wäre, würde Deutschland viel weiter kommen“, sagte Angela Merkel. Die Einigung der beiden Unionsparteien ist nicht zuletzt dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, und seinem Verhandlungspartner, dem bayrischen Staatskanzleiminister, Erwin Huber, zu verdanken. Sie erarbeiteten ein Konzept, in dem sich am Ende beide Verhandlungspartner wiederfanden. „Wir haben an einem Abend das geschafft, wofür die SPD mindestens vier Regionalkonferenzen und einen Parteitag braucht“, stellte Laurenz Meyer fest.

Neben dem zentralen Beschluss „Für Wachstum – sozial ist, was Arbeit schafft“ wurden noch Beschlüsse zur finanziellen Entlastung der Kommunen, zur Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht und zum geplanten EU-Verfassungsvertrag gefasst.

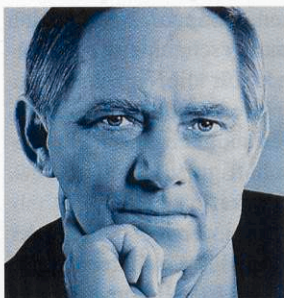
[http://](http://www.cdu.de)

Sie finden alle Beschlüsse im vollen Wortlaut sowohl in der Dokumentation im Innenteil als auch auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) unter „Politik A-Z“, Stichwort „Beschlüsse“

# Stabilität durch Partnerschaft und Vertrauen

**Bei einer Presseunterrichtung im Anschluss an eine Sitzung des CDU-Bundesvorstands stellte Wolfgang Schäuble, Mitglied des Präsidiums und Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das vom Bundesvorstand beschlossene Papier zur deutschen Außenpolitik vor.**

In diesem Papier fordert die CDU von der rot-grünen Bundesregierung einen Kurswechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Europa und Amerika bildeten eine „Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft“. Auch wirtschaftlich seien beide Partner eng miteinander verflochten und daher auf einander angewiesen. Gleichzeitig sei die europäische Einigung äußerst wichtig für Deutschland. Die Freundschaft mit den USA und die europäische Einigung dürften aber nicht als konkurrierende Ziele verstanden werden. „Wir brauchen nicht das eine statt des anderen. Wir brauchen beides“, unterstrich Wolfgang Schäuble. „Die europäische



Einigung und die transatlantische Partnerschaft sind zwei Seiten einer Medaille“, sagte er. Die von der Bundesregierung betriebene Politik der deutschen Sonderwege und Achsenbildungen sei deshalb der falsche Weg.

Die deutsch-französische Freundschaft ist nach Ansicht Wolfgang Schäubles „wesentlich“ für die europäische Einigung. Dies dürfe aber nicht zu einer Ausgrenzung anderer Mitgliedstaaten der Union führen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende kritisierte, dass in Deutschland zu viel darüber diskutiert worden sei, ob die Entscheidungen Amerikas - vor allem im Fall des Irakkriegs - richtig oder falsch gewesen seien. Zu wenig sei dagegen über die Position und die Politik der

deutschen Regierung diskutiert worden.

Wolfgang Schäuble sprach sich nachdrücklich für multilaterale Strukturen und Entscheidungen aus. Um solche Strukturen mitgestalten zu können, müsse Deutschland aber mehr Beiträge leisten. Grundfalsch sei es deshalb, dass sich Rot-Grün im Falle des Irak-Kriegs vorab kategorisch festgelegt und damit selbst aus der Diskussion ausgeschlossen habe. Auch gelte es, die NATO zu stärken und die in Prag beschlossene Nato Response Force (NRF) schnell einsatzfähig zu machen. Als „außerordentlich wichtig“ bezeichnete Wolfgang Schäuble zudem die politische Konfliktlösung und Prävention.

[http://](http://www.cdu.de)

**Den Beschluss des Bundesvorstandes „Die außenpolitischen Interessen Deutschlands: Stabilität durch Partnerschaft und Vertrauen“, vom 28. April 2003, finden Sie auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) in der Rubrik „Politik A-Z“, Stichwort „Beschlüsse“.**



LAURENZ MEYER:

# Rot-Grün hat größte **Arbeitsmarkt- krise** seit dem Krieg zu verantworten

**Zu den Arbeitslosenzahlen des Monats April erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:**

Noch nie seit der Wiedervereinigung gab es eine so hohe Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland, noch nie seit dem Krieg eine solche hohe April-Arbeitslosenzahl wie in diesem Frühjahr. Fünf Jahre rot-grüne Politik führen zu einem traurigen Nachkriegsrekord bei der Arbeitslosigkeit.

Drei Gruppen haben unter diesem Kanzler am meisten zu leiden: Besonders dramatisch ist die Lage in den neuen Ländern. Eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie im Westen zeigt: Unter Schröder verliert der Osten immer weiter den Anschluss. Fünf Jahre angeblicher Chefsache Aufbau Ost bedeuten fünf Jahre Rückschritt!

Zweitens ist katastrophal: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen steigt und steigt. Über 10 Prozent mehr junge Arbeitslose gegenüber dem Vorjahresmonat - und gegenüber 1998 nahm ihre Zahl um 55.000 bzw. 11,8 % zu. Außerdem: Bin-



nen Jahresfrist hat sich die Ausbildungslücke um 36% auf 161.000 erhöht. Millio-nenschwere Programme wie JUMP sind verpufft. Folge: Die Regierung Schröder raubt einer ganzen Generation ihre Chancen! Und drittens hat Deutschland bei den älteren Arbeitslosen über 55 die höchste Arbeitslosenquote in Europa. Überhaupt: Wenn die Bundesregierung immer wieder aufs Neue die Weltwirtschaft für die Probleme in Deutschland verantwortlich macht, wirft sie mit Nebelkerzen. Das Problem ist hausgemacht: Deutschland liegt schlechter als der Durchschnitt der EU-Arbeitslosenquote. All dies zeigt: Deutschlands Problem ist nicht die Konjunktur, Deutschlands Problem heißt Schröder!

Deutschland braucht keine Agenda-Rhetorik

Statt endlich zu handeln, beschäftigen sich Schröder und die SPD nur mit sich selbst - zum Schaden für die Menschen in unserem Land. Deutschland braucht keine Agenda-Rhetorik, Deutschland braucht endlich Taten. Während Schröders zerstrittene SPD sich mit Nabelschau befasst, steigen Renten- und Krankenkassenbeiträge weiter. Täglich gehen in Deutschland über 100 Betriebe in Konkurs. Das heißt: Bis zum SPD-Parteitag machen weitere zweieinhalbtausend Firmen die Lichter aus. Schröder streitet sich mit seinen Linken und mit dem DGB - und all das auf dem Rücken der Arbeitslosen. Ein Kanzler, der von der eigenen Partei zu Sonderparteitagen und Regionalkonferenzen gezwungen wird, ist im Grunde gescheitert und sollte den Weg zu einem Neuanfang freimachen.

[http://](http://www.arbeitsamt.de)

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen finden Sie auf: [www.arbeitsamt.de](http://www.arbeitsamt.de)

KATHERINA REICHE:

# Konkrete Vorschläge für Lehrstellen

**Der Lehrstellengipfel der Bundesregierung ist gescheitert und eine große Enttäuschung für alle Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen.**

Das Versprechen des Bundeskanzlers bei der Regierungserklärung, dass alle Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, auch eine erhalten würden, wurde gebrochen. Der Bundesregierung fehlt die politische Kraft, die Kosten der Ausbildung zu senken, um die Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft zu fördern. Die Fakten: In Deutschland sind 562.000 junge Menschen ohne Arbeit. Hinzu kommt, dass für das kommende Ausbildungsjahr 2003/04 148.000 Lehrstellen fehlen, davon allein in den neuen Ländern 105.000 Ausbildungsplätze. Jede zehnte betriebliche Ausbildungsstelle im Handwerk in den neuen Ländern fällt in diesem Jahr weg. Tausende Jugendliche in Deutschland werden damit um ihre Zukunftschancen gebracht. Längst hätte die Bundesregierung handeln müssen. Rot-Grün verantwortet, dass im September viele junge Menschen keinen Ausbildungsvertrag haben werden.



Der Klein- und Mittelstand, der ca. 80 % aller Ausbildungsplätze schafft, wird jedoch von der Bundesregierung seit Jahren vernachlässigt. Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, die Unternehmen von Bürokratie und Abgabenlast zu befreien. Offenbar plant Rot-Grün unter dem Druck der Gewerkschaften, mit der Ausbildungsplatzabgabe eine neue Belastung für Unternehmen. Fast 40.000 Unternehmenspleiten im letzten Jahr sprechen eine deutliche Sprache.

Wir erteilen der Ausbildungsplatzabgabe eine klare Absage. Auch bereits ausbildende Unternehmen würden zusätzlich belastet, andere könnten sich von ihrer Ausbildungsverpflichtung frei kaufen. Die Bundesregierung zerstört durch das „Damoklesschwert“ Ausbildungsplatzabgabe, das

über den Unternehmen schwebt, erneut Vertrauen.

Voraussetzung zur Schaffung von mehr Lehrstellen ist in erster Linie eine wachstumsorientierte Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen den ersten Ausbildungsstellenmarkt stärken und fordern deshalb:

- Die Mittel des erfolglosen JUMP-Programms in Höhe von 1 Mrd. Euro sind direkt zur Senkung von Lohnnebenkosten in auszubildenden Betrieben einzusetzen.
- In die Tarifverträge sollten auch flexible Regelungen zur Ausbildungsvergütung aufgenommen werden. Das schließt Tariföffnungen ein. Oft ist weniger Geld wertvoller als keine Ausbildung.
- Berufsbilder müssen insbesondere im Dienstleistungs- und Sozialsektor modernisiert, Ausbildungsgänge modularisiert und ggfs. auch verkürzt werden. Für Jugendliche ohne Schulabschluss brauchen wir schlanke, Theorie geminderte Berufsbilder.
- Die Einführung eines Bildungspasses in der Weiterbildung und mehr Durchlässigkeit unseres Berufsbildungssystems.



EVA MÖLLRING:

## Allein Erziehende nicht allein lassen

Auf Druck der Union wurde die Geringfügigkeitsgrenze bei Ausbildungsverhältnissen von 400,- Euro wieder auf 325,- Euro reduziert. Unsere Forderung, das Ausbildungsplatzprogramm Ost um 2000 Plätze zu erhöhen sowie die Ausbildungseignerverordnung für 5 Jahre auszusetzen, wurde von Rot-Grün ebenfalls übernommen.

Zu all diesen Maßnahmen muss außerdem noch persönliches Engagement hinzukommen. Die Regierung Kohl war mit ihren Ministern vor Ort, um bei Unternehmen persönlich „Klinken zu putzen“ für jeden einzelnen Ausbildungsplatz. Die Bundesminister nahmen an regionalen Ausbildungskonferenzen teil. Die jetzige Bundesregierung hat diese Möglichkeit erst auf Druck der Union vor wenigen Tagen aufgegriffen.

Der gegenwärtige Streit in der SPD und der Koalition zeigt die Reformunfähigkeit von Rot-Grün. Von der Politik muss aber wieder ein Klima des Vertrauens ausgehen. Die Union wird dazu ihren Beitrag leisten. Wir wollen die duale Berufsausbildung in Deutschland stärken und werden im Sommer detaillierte Novellierungsvorschläge zum Berufsbildungsrecht vorstellen.



**Das Bundesverfassungsgericht hat am 30. April eine Klage von 96 allein Erziehenden gegen die stufenweise Abschaffung des Haushaltsfreibetrages für allein Erziehende durch die Bundesregierung als unzulässig abgewiesen.**

Jetzt muss politisch gehandelt werden, denn ein Drittel aller allein erziehenden Eltern hat große Schwierigkeiten, ihre gesetzlichen Unterhaltsansprüche und die ihrer Kinder durchzusetzen, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie ergab. 94 Prozent dieser Elternteile, die ihre Kinder allein betreuen, sind Frauen.

Wenn der Vater den Unterhalt für minderjährige Kinder nicht zahlt, obliegt es der betreuenden Mutter, über das Jugendamt oder das Gericht einen Titel zu erwir-

ken und zu vollstrecken. Gleichzeitig erhält sie Vorschuss- oder Ausfalleistungen von der zuständigen Kommune. Dies hat nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001 dazu geführt, dass 40 Prozent der allein Erziehenden Leistungen der Unterhaltsvorschusskassen bekommen und nur 31 Prozent privaten Unterhalt beziehen.

### Pflicht zum Unterhalt

Von den vorgestreckten Beträgen konnten in den Jahren 2000 bis 2002 bundesweit jeweils nur 22 Prozent zurückgeholt werden. Dabei sind 84 Prozent der Unterhaltspflichtigen erwerbstätig. Die Nichterwerbstätigen sind entweder arbeitslos oder haben ein persönliches Einkommen über 1.250 Euro, nur ein kleiner Anteil von ihnen hat gar kein eigenes Einkommen.

Häufig können Unterhaltstitel nicht durchgesetzt werden, weil die Verpflichteten sich durch falsche Ge-

haltangaben, den Wechsel des Wohnorts oder andere „Tricks“ aus der Affäre ziehen, so dass erziehende Mütter und Jugendämter nicht pfänden können. So gelingt es Vätern nicht selten, sich selbst ein akzeptables Einkommen zu sichern und sich gleichzeitig ihren Zahlungsverpflichtungen für die Familie zu

entziehen. Der Mutter sind, auch wenn sie ahnt, dass der Unterhaltspflichtige über Einkommen verfügt, bislang in diesen Fällen faktisch die Hände gebunden.

Hinzu kommt, dass die rechtlichen Vorschriften über verschiedene Gesetze verstreut sind und sich nicht widerspruchsfrei ergänzen.

Deshalb sieht die Frauen-Union dringenden Handlungsbedarf, die derzeitige Gesetzeslage zu entwirren und eine neue, umfassende, klare, übersichtliche Regelung zu schaffen.

*Dr. Eva Möllring ist stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union.*

## DIE FRAUEN-UNION FORDERT:

### 1. Auskunftspflicht

Unterhaltsberechtigter Erziehende und ihre Kinder müssen die Möglichkeit erhalten, den Aufenthaltsort, den Arbeitgeber und die Höhe des Arbeitsentgeltes des zahlungspflichtigen Elternteils durch einen direkten Auskunftsanspruch in Erfahrung zu bringen, um die festgesetzten Beträge vollstrecken zu können.

### 2. Vorrangigkeit:

Die Unterhaltsschuld gegenüber minderjährigen Kindern muss auch gesetzlich Vorrang vor weiteren Zahlungsverpflichtungen des Unterhaltspflichtigen haben.

### 3. Verzahnung der

**Zusammenarbeit von Jugendamt und Sozialämtern mit allein Erziehenden**  
Jugend- und Sozialäm-

ter sollten gesetzlich verpflichtet werden, die betreuenden Elternteile unverzüglich über die Realisierung von Leistungen des Schuldners zu informieren.

Sonst erhalten die Mütter zwar weiterhin den Regelbetrag als Vorschub, versäumen aber die Möglichkeit, die vollen Ansprüche, die ihnen rechtlich zustehen, durchzusetzen.

Außerdem verlieren sie möglicherweise zum Teil ihre Ansprüche auf Unterhaltsvorschussleistungen.

Laufendem Kindesunterhalt muss – gesetzlich – klare Priorität vor staatlichen Ersatzansprüchen eingeräumt werden.

### 4. Transparenz der gesetzlichen Regelung

Die geringen Rückholquoten der Jugendämter zeigen, dass es für alle Be-

teiligten schwierig ist, die komplizierte und sperrige Gesetzeslage zu durchschauen.

Deshalb müssen die gesetzlichen Vorschriften widerspruchsfrei ineinander fassen und auffindbar in den einschlägigen Gesetzen niedergelegt sein.

### 5. Information und Weiterbildung

Darauf aufbauend müssten für Betroffene und Mitarbeiter von Jugendämtern bundesweit Weiterbildungsangebote vorgehalten werden. Bereits erprobte ganzheitliche Methoden der Konfliktlösung, wie etwa Mediationsverfahren, sollten stärker eingesetzt werden, weil Vereinbarungen, die die Parteien einvernehmlich treffen, die Zahlungsmoral deutlich erhöhen.



# Europa weiterentwickeln



Foto: KAS Brüssel

Angela Merkel im Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Romano Prodi

**Im Rahmen eines zweitägigen Besuches in Brüssel traf sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, mit hochrangigen Entscheidungsträgern der Europäischen Union und der NATO. Thematischer Schwerpunkt der Gespräche waren die Verfassungsreform der Europäischen Union, die EU-Osterweiterung, die Fragen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die transatlantischen Beziehungen.**

Den Auftakt des Besuchs bildete eine Konferenz mit den CDU/CSU-Fraktions-

vorsitzenden der deutschen Länderparlamente sowie dem Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament Hans-Gert Pöttering. An der Konferenz nahm unter anderem auch Christoph Böhr, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands, als Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz teil. Verabschiedet wurde eine Resolution zum CDU/CSU-Konzept zum europäischen Verfassungsvertrag und eine Resolution, in der der parallel stattfindende Verteidigungsgipfel zwischen Frankreich, Luxemburg, Belgien und Deutschland verurteilt wurde. Am darauffolgenden Tag

traf sich Angela Merkel mit Romano Prodi. Thema des Gesprächs war die Zukunft der Europäischen Union vor dem Hintergrund der aktuellen Verfassungsdiskussionen im Europäischen Konvent. Dem Gespräch mit dem EU-Kommissionspräsidenten schloss sich ein Treffen mit dem NATO-Generalsekretär, Lord Robertson, und dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General Harald Kujat, an. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen im Rahmen der NATO.

Mit den EU-Kommissaren Pedro Solbes Mira



Foto: KAS Brüssel

Angela Merkel diskutiert mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General Harald Kujat

(Wirtschaft und Währungsangelegenheiten), Frederik Bolkestein (Binnenmarkt, Zoll und Währungsunion) und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Loyola de Palacio, diskutierte Angela Merkel anschließend die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union und Fragen der EU-Erweiterung. Abgerundet wurde das hochkarätige Besuchsprogramm bei der EU-Kommission mit einem Treffen mit den Kommissaren Mario Monti (Wettbewerb) und Chris Patten (Außenbeziehungen). Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung sprach die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands auf ihrem letzten Termin in

Brüssel im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Europa vor neuen Herausforderungen.“

Im Anschluss an ihren Aufenthalt in Brüssel reiste Angela Merkel nach Paris weiter. Dort traf sie zusammen mit Edmund Stoiber und Erwin Teufel den Vorsitzenden des EU-Verfassungskonvents, Valéry Giscard d'Estaing. Dabei drängten die Vorsitzende der CDU Deutschlands sowie die Ministerpräsidenten von Bayern und Baden-Württemberg auf eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten in der künftigen europäischen Verfassung. In diese müssten „Einzelermächtigungen“ aufgenommen werden, die die Zuständig-

keiten der EU regelten. Bei dem Treffen verdeutlichten die Unionspolitiker auch ihre ablehnende Haltung hinsichtlich eigener EU-Steuern und einer Koordination der Wirtschaftspolitik durch die EU und wiesen auf eine rechtliche Stärkung der Bundesländer in Europa hin. Sie forderten zudem die nationale Eigenständigkeit beim Thema Zuwanderung und sprachen sich für einen Gottesbezug in der Verfassungspräambel aus.

<http://>

Informationen zu europapolitischen Positionen der CDU finden Sie auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) in der Rubrik „Politik A-Z“, Stichwort „Europapolitik“.



LAURENZ MEYER:

## DGB weit weg von der wirtschaftlichen **Notwendigkeit**

**Erklärung des CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer zur „Reformagenda des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes für Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit“:**

Offensichtlich haben die Gewerkschaften zu lange den Versprechungen des Bundeskanzlers vor der Wahl geglaubt, als dass sie jetzt ihren Mitgliedern die notwendigen Reformen begreifbar machen könnten. Die Vorschläge des DGB enthalten viel Schatten und wenig Licht. Der Griff in die Mottenkiste der 70er Jahre steht neben plötzlichem Erkenntnisgewinn.

### Unions-Forderungen

Das Gute: Endlich erkennt der DGB an, dass Flächentarifverträge an vielen Stellen Wirtschaft und Arbeitnehmer behindern. Zumindest ansatzweise nähert sich der DGB der CDU-Idee der betrieblichen Bündnisse für Arbeit an. Zu begrüßen ist auch, dass der DGB sich die Unions-Forde-

rungen nach der Einführung von niedrigeren Einstiegsgehältern für Langzeitarbeitslose zu eigen macht.

Aber: Die Forderung nach einem Investitionsprogramm im Stil der 70er Jahre und dann auch noch auf Pump ist verantwortungslos. Durch eine massive Erhöhung der Neuverschuldung würden die Probleme nur auf die nächste Generation verschoben. Finanzpolitik im Stil der gescheiterten

sozial-liberalen Finanzpolitik bringt Deutschland nur noch weiter in die Abwärts-spirale.

Steuererhöhungen von der Erbschaftssteuer bis Börsenumsatzsteuer sind mit der CDU nicht zu machen: Das Drehen an der Steuerschraube löst keine Probleme. Steuererhöhungen würden auch in einer Aufschwungphase jeden Wachstumsimpuls abwürgen.

**GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:**

## Nach Tanken für die Rente jetzt Rauchen für die Gesundheit

**Zur geplanten Erhöhung der Tabaksteuer erklärte der CDU-Generalsekretär:**

Noch vor zwei Tagen hat die Bundesregierung Steuererhöhungen als Gift für die Wirtschaft bezeichnet. Davon will sie jetzt nichts mehr wissen, das Chaos geht weiter. Wieder einmal zeigt sich, dass Rot-Grün immer nur eine Idee hat: Den tiefen Griff in die

Taschen der Bürger. Dass die Regierung diese Abzocke noch mit dem vorgeschobenen Argument einer „gesundheitspolitischen Lenkungswirkung“ verbrämt, ist purer Zynismus.

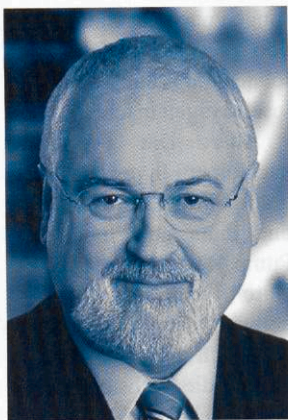
Das Fatale: Die massive Erhöhung dieser Bundessteuer entzieht dem Markt Kaufkraft in Milliardenhöhe. Weiterer Verlust von Jobs wird die Folge sein.

# Alternativmodell zu EU-Reformvorschlägen vorgestellt

Auf einer Klausurtagung der CDU in Husum haben die Agrarpolitiker der Union ihre Vorstellungen zur Fortentwicklung der EU-Agrarpolitik weiter konkretisiert. Sie plädieren für die Einführung eines Modells einer kofinanzierten differenzierten Flächenprämie mit gleichzeitiger Einführung. Für Milch wird eine eigenständige Lösung gefordert. Zu den Ergebnissen der Tagung erklärt CDU-Bundesvorstandsmitglied und agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Harry Carstensen:

Die Union will eine an den Interessen von deutscher Landwirtschaft und Gesellschaft orientierte, realisierbare und zur Gewährleistung von Planungssicherheit längerfristig haltbare Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik.

In Brüssel sind die Verhandlungen darüber inzwischen festgefahren. Das Kernstück der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Reform, die Einführung entkoppelter Be-



triebsprämien – und dies noch vor Ablauf der Agenda 2000 – hat praktisch keine Chance mehr. Es findet keine Mehrheit unter den Mitgliedstaaten. Seine Nachteile (Bürokratie, Akzeptanzprobleme, Behinderung der Betriebsentwicklung und neue Benachteiligungen bis hin zur Diskriminierung etc.) sind in der Diskussion der letzten Monate deutlich hervorgetreten.

## Richtiger Zeitpunkt für Alternativvorschläge

Die Union hat ihre Position zu den Kommissions-

vorschlägen in vielen Bereichen bereits formuliert. Sie sind im Beschluss des Bundesrates vom 14. März 2003 enthalten. Ergänzend dazu legen wir heute ein Memorandum mit Präzisierungen in besonders wichtigen Kernbereichen, wie Milch, und vor allem zur Ausgestaltung des Systems der Direktzahlungen vor.

Differenzierte Flächenprämie mit gleichzeitiger Einführung (Kombinationsmodell)

Wir sind uns mit der EU-Kommission einig, dass Direktzahlungen zum Erhalt der europäischen Landwirtschaft notwendig sind. Es kommt nun umso mehr darauf an, dass das Beihilfesystem zukunftsfähig ausgestaltet wird und den Interessen der deutschen Landwirtschaft entspricht.

## Kernpunkte des Modells

Die Agrarpolitiker der Union setzen auf ein Modell für die Direktzahlungen mit folgenden Kernpunkten:

- 1. regionalisierte, nach



Ackerland (bisherige ausgleichsfähige Kulturpflanzen plus Ackerfutter) und Grünland differenzierte Flächenprämie. Der Erhalt dieser Prämie ist an den Nachweis der Bewirtschaftung des Bodens gebunden. Die Einführung erfolgt von 2007 bis 2012 schrittweise. Im Übergangszeitraum wird eine betriebsindividuelle, nicht handelbare und nur bei Betriebsübergang übertragbare Zusatzprämie vor allem als Ausgleich für die Tierprämien gezahlt. Sie wird in Jahresschritten zu Gunsten der Aufstockung der Flächenprämien abgebaut.

■ 2. nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen.

Zwingende Voraussetzungen für die Einführung eines solchen Modells sind

■ die Garantie der bisherigen Prämienplafonds für die Mitgliedsstaaten.

**http://**  
Das umfangreiche Memorandum von CDU/CSU zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, gefasst auf der Klausurtagung in Husum am 28. April 2003, finden Sie im vollständigen Wortlaut auf [www.cdu.de](http://www.cdu.de) in der Rubrik „Politik A-Z“ unter dem Stichwort „Landwirtschaftspolitik“.

■ mehr Gestaltungsfreiheit der Regionen bei den Direktzahlungen.

Dieses Modell führt zu einem einfachen, transparenten und zukunftsfesten Stützungssystem.

### Ablehnung von Cross-Compliance und Modulation

Jeder Landwirt muss die gesetzlichen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards einhalten. Insofern ist eine Bindung an die Direktzahlungen nicht notwendig. Besondere Umweltleistungen der Landwirtschaft, die über die gute fachliche Praxis und die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen, sind nach wie vor gesondert zu honorieren.

Die Modulation ist zu bürokratisch und nicht im Interesse der wirtschaftenden Betriebe. Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum, Agrarstruktur- und Agrarumweltpolitik können von den Ländern auch ohne Modulation hervorragend betrieben werden. Dies zeigen viele Beispiele aus den unionsgeführten Ländern. Um noch stärker regionalen Erfordernissen und Interessen Rechnung tragen zu können, sollten die regionalen Gestal-

tungsmöglichkeiten bei der Wahl der Förderschwerpunkte noch weiter ausgedehnt werden.

Ebenso lehnen wir die zusätzlich vorgeschlagene Degression zur Finanzierung kostenträchtiger Änderungen von Marktordnungen ab.

### Eigenständige Lösung für die Milch

Eines der wichtigsten Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft ist die Milch. Der Milchmarkt hat seine eigenen Probleme und bedarf eigener Lösungen. Die Milchpolitik sollte deshalb getrennt von den Überlegungen zur Ausgestaltung der Direktzahlungen über die Fläche erfolgen. Die beste Lösung für den Milchmarkt wäre eine funktionierende Mengenregelung. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung dafür in der EU zu kämpfen. Die Milchmarktreform darf nicht vorgezogen werden. Zusätzliche Quotenerhöhungen müssen unterbleiben. Dagegen muss der zur Stabilisierung der Einkommen der Milcherzeuger vorgesehener Teilausgleich für Preissenkungen auf jeden Fall gewährt werden.

**UD**

## CDU-Arbeitskreis „Große Städte“ hat Arbeit aufgenommen



**Wissenschaftler, Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker arbeiten im Arbeitskreis „Große Städte“ der CDU-Deutschlands mit. Nach der Bundestagswahl hatte der CDU-Bundesvorstand das Gremium unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jürgen Rüttgers einberufen. Die Gruppe soll Impulse für die programmatische Weiterentwicklung der CDU geben.**

CDU-Politik muss nach Auffassung von Jürgen Rüttgers mehr denn je auf die Entwicklung der großen Städte schauen: „Hier muss die CDU weiter an Profil gewinnen. Das gelingt nicht mit einer oberflächlichen Charme-Offensive und nicht mit der Anbiede-

rung an den wechselnden Zeitgeist.“ Vielmehr müsse die CDU sich mit der großstädtischen Wirklichkeit auseinandersetzen: „Diese Wirklichkeit, die Kultur und das Lebensgefühl dürfen der CDU nicht suspekt sein. Wo es Entfremdungen gibt, muss neues Vertrauen gewonnen werden.“

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Jürgen Rüttgers, freut sich auf spannende Diskussionen: „Wer die großen Städte gewinnt, der gewinnt Wahlen. Das konnte man bei der Bundestagswahl sehen. Der Arbeitskreis will Expertenwissen von außen mit gelebter politischer Erfahrung zusammenführen.“

Der Arbeitskreis will auch über die Parteiarbeit hinausgehend aktiv sein.

Rüttgers erhofft sich einen breiten Diskurs über drängende gesellschaftliche Probleme, die sich in den großen Städten besonders ausprägen. „Nirgends sind die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüche deutlicher erkennbar als in den großen Städten. In den Großstädten werden Trends gesetzt, positiv wie negativ.“

Deshalb hat sich der Rüttgers-Arbeitskreis für die kommenden Monate ein umfangreiches Arbeitsprogramm vorgenommen: Im Dialog mit Fachleuten sollen kommunalpolitische Fragen genauso diskutiert werden wie stadtarchitektonische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Themen.



ANDREAS STORM:

## Kassensturz

dringend erforderlich

**Zum Ergebnis des Schätzerkreises der Rentenversicherung, wonach der Rentenbeitrag im nächsten Jahr auf 19,8% ansteigen wird, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung:**

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Nach der Prognose des Schätzerkreises, an dem neben den Rentenversicherern



auch das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung beteiligt ist, steigt der Rentenbeitrag im nächsten Jahr von derzeit 19,5% auf 19,8%. Trotz dieser eindeutigen Aussage versucht das Ministerium weiter, die

dramatische Finanzlage der Rentenversicherung zu verharmlosen. Nach Einschätzung des Ministeriums wird sich die Konjunkturlage bessern. Deshalb sei offen, ob der Beitrag tatsächlich ansteigen wird.

Diese Aussage kommt einer Verhöhnung der Beitragszahler gleich, denen die Bundesregierung, wie bereits im letzten Jahr, Sand in die Augen streut. Denn der Prognose des Schätzerkreises liegt eine Wachstumsprognose von 0,75% zugrunde,

DIETRICH AUSTERMANN:

## Bundesanstalt steuert auf **Rekorddefizit** zu

Mittlerweile wird auch von Regierungsseite nicht mehr bestritten, dass die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr einen Zuschuss von mindestens 5 Mrd. € brauchen wird. Bereits nach dem ersten Drittel des Jahres 2003 klappt im Haushalt der BA eine Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben von 3,6 Mrd. €. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Monat für Monat verkündet Herr Gerster neue Höchststände. Im April haben wir mit knapp 4,5 Mio. die höchste



Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Ob ein Bundeszuschuss von 5 Mrd. € reichen wird, ist deshalb höchst zweifelhaft.

Im vergangenen Jahr brauchte die BA knapp 6 Mrd. Zuschuss. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich in 2003 um fast 500.000 über dem Niveau des Vorjahres, das sind gut 10 % mehr Arbeitslose als in 2002. Damit der Zuschuss nicht höher als im Vorjahrausfällt, muss die

BA Einsparungen in Milliardenhöhe im Bereich der Eingliederungshilfen erwirtschaften. Mit dem geplanten ABM-Sonderprogramm für 100.000 Arbeitslose tut die Bundesregierung jedoch genau das Gegenteil und verursacht erhebliche Mehrkosten, die im Haushaltsplan der BA nicht vorgesehen sind. Zusammen mit den zusätzlichen Milliarden, die im Bereich der Arbeitslosenhilfe erforderlich sind, steuert die Bundesregierung auf Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt zu, die weit über 5 Mrd. € liegen werden.

die selbst nach Einschätzung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, bereits optimistisch ausgefallen ist. Angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktentwicklung ist davon auszugehen, dass sich die Konjunkturlage im Laufe des Jahres nicht verbessern, sondern verschlechtern wird. Aus diesem Grund hat auch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) bereits vor Wochen - ausgehend von einer Wachstumsprognose von 0,6% - vor einem Anstieg des Rentenbeitrages im nächsten Jahr auf 19,9% gewarnt. Bei einem noch schwächeren Konjunkturverlauf hat die BfA im Vorfeld der Sitzung des Schätzerkreises Ende April 2003 ausdrücklich einen Beitragssatz von 20% nicht ausgeschlossen.

Das zeigt die dramatische Finanzsituation der Rentenfinanzen. Der prognostizierte Rentenbeitrag von 19,8% für 2004 ist nur eine Untergrenze. Die Bundesregierung ist gefordert, sich dies endlich einzugestehen. Die Strategie des Ministeriums, bis November mit einer klaren Aussage zum Rentenbeitrag für 2004 zu warten, ist unverantwortlich. Angesichts der abgesenkten Rentenreserve bestehen dann keine Spielräume mehr, ei-

nen Anstieg des Beitrages noch zu verhindern. Deshalb muss endlich Schluss damit sein, weiter auf Zeit zu spielen und die Beitragszahler und Rentner über die tatsächliche Finanzsituation der Rentenversicherung im Unklaren zu lassen. Ein Kasernensturz der Rentenfinanzen ist dringend erforderlich.

ARNOLD VAATZ:

## Eckpunktepapier zum Aufbau Ost beschlossen



**Zu dem zum Aufbau Ost beschlossenen Eckpunktepapier „Aufbau statt Abstieg“ erklärte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten:**

Eine Verbesserung der alarmierenden Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Das von der Bundesregierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gedachte Programm „Kapital für Arbeit“ greift im Osten kaum. Trotz aller Lei-

stungsbereitschaft und aller Anstrengungen der neuen Länder sind aber Negativtendenzen wie steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft, Abwanderung, Facharbeitermangel, Absinken der Investitionen der öffentlichen Hand, miserable Auftragslage der regionalen Unternehmen, negativer Gründungssaldo und Lehrstellenmangel nicht zu übersehen. Bevor sich diese Tendenzen manifestieren, muss dieser Entwicklung in den neuen Bundesländern dringend Einhalt geboten werden! Zwar gehen einige von der Bundesregierung angekündigten Reformmaßnahmen in die richtige Richtung, sie sind aber viel zu zaghaft. Die Zerrissenheit der Regierungskoalition lässt nicht erkennen, ob und wann die angekündigten Maßnahmen überhaupt umgesetzt werden.

In ganz Deutschland erwarten die Menschen, dass es beim Aufbau Ost endlich wieder vorwärts geht und ein selbst tragender Aufschwung erreicht wird. In den Wahlkreisen der neuen Bundesländer erwarten die Menschen, dass die Politik den Handlungsbedarf endlich erkennt und ein Konzept vorlegt, wie der Handlungsbedarf „abgearbeitet“ werden kann.



PETER GÖTZ:

## Unionskonzepte zur Sanierung der Kommunen



**Zum gemeinsamen Beschluss der Präsidien von CDU und CSU „Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen“ erklärte der kommunalpolitische Sprecher:**

Die kommunale Haushaltslage wird immer dramatischer: noch einmal minus 5,5 % Steuereinnahmen im ersten Quartal 2003 gegenüber dem miserablen Vorjahreszeitraum – und keine Besserung in Sicht.

Die Gemeindefinanzreform der rot-grünen Bundesregierung steht an diesem Freitag vor dem Scheitern.

Zwei Dinge sind jetzt nötig, um unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen wieder auf die Beine zu helfen: schnelle finanzielle Soforthilfe und dann ein umfassender Ansatz zur seriösen Neuregelung der Gemeindefinanzen.

CDU und CSU haben beides angestoßen: Die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des kommunalen Umsatztsteueraufkommens können noch in diesem Jahr 2,8 Mrd. € und im nächsten 3,4 Mrd. € in die Gemeindekassen bringen.

Mittel- und langfristig sollen die Kommunen entlastet werden:

- Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind zusammenzulegen.
- Das Grundsicherungsgesetz ist aufzuheben.
- Kinder- und Jugendhilfeleistungen sind zu reformieren. Behinderte müssen aus der Sozialhilfe herausgenommen werden.
- Es muss Schluss sein mit Kosten- und Aufgabenübertragung auf die Kommunen durch Entscheidungen des Bundes. Das Konnexitätsprinzip ist auch auf Bundesebene notwendig, damit wieder gilt: Wer bestellt, bezahlt!

Die Kommunalpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßen das Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen, das die Präsidien von CDU und CSU beschlossen haben. Damit kann es schnell wieder aufwärts gehen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Im Kreise der ostdeutschen Abgeordneten ist daher das Papier „Aufbau statt Abstieg“ erarbeitet und abgestimmt worden, mit dem die politische Wahrnehmung der Situation in den neuen Bundesländern geschärft und für einen neuen Anlauf beim Aufbau Ost gewonnen werden soll. Das Papier beschreibt die Position der ostdeutschen Abgeordneten zu den Schwerpunkten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Es enthält Vorschläge zur Verbesserung der Situation in den neuen Bundesländern.

Für die ostdeutschen Abgeordneten ist die Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Eckpunktepapier ein großer Erfolg. Damit wird klar und deutlich politische Geschlossenheit und der Wille der Union dokumentiert, dem Aufbau Ost durch ein eigenes Konzept zum Erfolg zu verhelfen.

**HELP://**  
Der Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Aufbau statt Abstieg – Eckpunkte zum Aufbau Ost“, vom 8. Mai 2003, finden Sie auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

## Georg Milbradt auf **Werbetour** für Sachsen und Olympia

**Trotz der Lungenkrankheit SARS besuchte der Sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt die Volksrepublik China um für das ostdeutsche Bundesland in der Welt zu werben.**

Die gefährliche Lungenkrankheit war für Milbradt kein Grund, die Reise abzusagen, zumal die deutsche Botschaft ebenfalls nicht von dem Besuch abgeraten hatte. „Wer regelmäßig raucht, setzt seine Gesundheit sicher einem stärkeren Risiko aus als wir bei unserem China-Besuch.“ Er traf sich dort mit verschiedenen hochrangigen chinesischen Gesprächspartnern, wie z.B. dem früheren Außenminister Tang Jiaxuan und dem Generalsekretär des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele 2008, Wang Wie.

Mit Wang erörterte Milbradt die Chancen Leipzigs, Ausrichter der olympischen Spiele 2012 zu werden. Milbradt informierte sich über die Hauptargumente, mit denen China die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) für Peking als Austragungsort

begeistern konnte. Wang betonte, es sei wichtig, ein Konzept für die Nachnutzung der Sportstätten vorzulegen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit nehme das IOC sehr ernst.

### Mittelstandsförderung

Außerdem konnte die Übereinkunft besiegelt werden, die Bühnentechnik eines großen Theaters in Peking aus Sachsen zu liefern. Die Bühnentechnik im größ-

ten Theater der Welt, dem Nationaltheater, ist bereits made in Dresden. Das mittelständische Unternehmen SBS hatte die Chinesen überzeugen können. Und bei 400 Theatern, die in den nächsten Jahren in China modernisiert werden müssen, rechnen sich die Dresdner gute Chancen aus, ihr Volumen noch beträchtlich steigern zu können. Milbradts Resümee fiel nicht zuletzt dadurch positiv aus: „Ich habe Sachsen bekannt gemacht.“

### OLYMPISCHE SPIELE 2012

## Wolfram Köhler zum Olympia-Staatssekretär ernannt

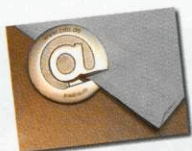
Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt hat den Oberbürgermeister von Riesa, Wolfram Köhler, zum Olympia-Staatssekretär berufen. Nach der Nominierung von Leipzig zur deutschen Bewerberstadt für die Olympischen Spiele 2012 soll der 35 Jährige ab dem 15. Mai die Planungen des

Freistaates koordinieren und damit die Grundlage für eine erfolgreiche internationale Bewerbung schaffen. Insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Verkehr und Tourismus soll der Vater der Idee „Leipzig 2012“ gemeinsam mit einem Team in der Staatskanzlei Konzepte entwickeln.



### Brieföffner mit @-Zeichen

Bestell-Nummer: 9665  
 Preis je 1 Stück: 5,10 €  
 inkl. MwSt.: 5,92 €



**RESTPOSTEN!**



### CDU-Caplessroller

Bestell-Nummer: 9655

Preis je 1 Stück: ~~1,80 €~~ **2,80 Euro**  
 inkl. MwSt.: ~~2,16 €~~ **3,25 Euro**



### CDU-Handysessel

orange  
 Bestell-Nummer: 9659

blau  
 Bestell-Nummer: 9660

Preis je 1 Stück: ~~1,80 €~~ **2,50 Euro**  
 inkl. MwSt.: ~~2,16 €~~ **2,90 Euro**

**RESTPOSTEN!**



### CDU-Memoclip mit Lasergravur

Bestell-Nummer: 9747  
 Preis je 5 Stück: 9,50 €  
 inkl. MwSt.: 11,02 €



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

Aktionszeitung

**Besser für die Menschen. CDU**



**Versprochen – Gehalten!  
CDU stoppt noch höhere Steuern!**

Neuer Gründergeist für Deutschland  
Interview mit Angela Merkel  
Seite 2

Hessen und Niedersachsen  
nach den Wahlen  
Seite 3

SPD im Streit –  
ohne Rücksicht auf Deutschland  
Seite 3

Power-Frauen in der CDU  
„Kein Tag ist wie der andere“  
Seite 4

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

## Neue Aktionszeitung

Ab sofort bieten wir Ihnen für Ihre Veranstaltungen wieder eine Aktions-Zeitung an. Das 4-seitige Blatt ist abwechslungsreich mit vielen Bildern gestaltet und greift aktuelle Themen der Politik in Deutschland auf.

**Aus dem Inhalt:** ■ Versprochen – Gehalten! Union stoppt noch höhere Steuern ■ Wir brauchen einen neuen Gründergeist: Interview mit Angela Merkel ■ Ohne Rücksicht auf Deutschland: Die SPD im Streit ■ Jeder weitere Tag Rot-Grün ist ein verlorener Tag: Statement von Laurenz Meyer ■ CDU – Partei der Zukunft: Neues aus der Kommission Bürgerpartei ■ Nach den Landtagswahlen: Bildung als Top-Thema in Hessen und Niedersachsen ■ Powerfrauen in der Bremer CDU: Mit den Kandidatinnen im Wahlkampf

**Bitte bestellen Sie beim  
IS Versandzentrum.**

Bestell-Nummer: **1013**  
Preis je **100 Stück 15,50 €**  
inkl Mwst **16,59 €**